

## Freiheits-Partei (ex-Autopartei) (FP / AP)

---

(sämtliche Quellennachweise finden sich in der gedruckten Fassung des SPJ)

1987 .....	1
1988 .....	1
1989 .....	2
1990 .....	3
1991 .....	4
1992 .....	5
1993 .....	6
1994 .....	6
1995 .....	6
1996 .....	7
1997 .....	8
1998 .....	9
1999 .....	9
2000 .....	10
2001 .....	11
2002 .....	11
2003 .....	11
2004 .....	11
2005 .....	11

### 1987

Die **1985 gegründete Autopartei** wendet den liberalen Begriff der Bürgerfreiheit auf die Freiheit des Automobilisten an und tritt gegen die "rotgrüne" Politik zum Schutz der Umwelt an, da das Problem der Umweltverschmutzung nach ihrem Dafürhalten masslos übertrieben werde und die Umweltpolitik ungerechtfertigterweise einseitig gegen die Autofahrer gerichtet sei. Die beiden Hauptexponenten der Autopartei, die auch von der Inserate-Kampagne "Bürgeraktion für freie Meinungsäusserung" bekannten Zürcher **M. Dreher** und **B. Baer**, traten 1987 aus der FDP beziehungsweise der SVP aus. Es gelang ihnen, in der Innerschweiz, der Westschweiz und in verschiedenen einzelnen Kantonen Sektionen ihrer Partei zu gründen. Schliesslich trat die Partei in zehn Ständen zu den Nationalratswahlen an und errang in Bern und in Zürich je einen Sitz. Trotz der von den Gewählten betonten Affinität zu den Idealen der bürgerlichen Parteien und namentlich der LP, verweigerten diese die Aufnahme der beiden Nationalräte in ihre Fraktionen.

### 1988

Die hauptsächlich die Interessen des motorisierten Individualverkehrs vertretende Auto-Partei erreichte mit weitgehend unbekanntem Kandidaten auf Kosten der grossen bürgerlichen Parteien bei kantonalen (SG, SH, TG) und städtischen (Bern, Biel, St. Gallen) Wahlen für schweizerische Verhältnisse **ausserordentliche Stimmengewinne** und zog jeweils auf Anhieb in Fraktionsstärke in die einzelnen Parlamente ein. Am aufsehenerregendsten fiel der Erfolg im Kanton Schaffhausen aus, wo 11,4 Wählerprozente und ein Zehntel der Grossratsitze errungen wurden,

obwohl die Parteigründung erst nach den Wahlen stattfand. Analysierende Interpretationen stellten fest, dass die AP namentlich in Gegenden mit besonders akuten Verkehrsproblemen Erfolg hatte. Wo bürgerliche Regierungsparteien eine moderate oder konsequente Umweltpolitik verfolgten, erlitten sie weniger Verluste, als dort, wo sie eine autofreundliche oder wankelmütige Politik betrieben.

Eine **Kontroverse** entspannte sich **um Äusserungen von Parteipräsident Nationalrat M. Dreher** (ZH), welcher gemäss einem Pressebericht "Linke und Grüne an die Wand nageln und mit dem Flammenwerfer drüber" wollte. Der führende AP-Politiker präzisierte, dass er damit nicht den politischen Gegner, sondern bloss dessen Argumente gemeint habe, sensibilisierte damit aber eine breite Öffentlichkeit für das unflätige Vokabular, welches die AP in ihren Publikationen pflegt. Gemäss SVP-Pressedienst erinnert dieses in ungueter Weise an die Propagandamaschine des Dritten Reiches. Die AP begegnete Vorwürfen bezüglich **Fremdenfeindlichkeit** mit der Feststellung, dass sie im Gegensatz zur NA nicht gegen alle Ausländer sei, sondern einen Unterschied zwischen Europäern und Exoten mache, wobei zu den letzteren auch die Türken gehörten. Gemeinsamkeit mit der NA herrschte aber zumindest hinsichtlich parteiinternen personellen Streitigkeiten in den Sektionen, die zum Rücktritt von Sektionspräsidenten oder von eben erst gewählten Parlamentariern führten.

## 1989

Die Auto-Partei setzte – zumindest im deutschsprachigen Mittelland – ihren **Siegeszug bei kantonalen Wahlen** fort. Sie zog in den Kantonen Aargau und Solothurn in Fraktionsstärke in die Parlamente ein. Dabei erzielte sie im Aargau einen Wähleranteil von 7,7%, in den solothurnischen Bezirken, in denen sie angetreten war, erhielt sie zwischen 4,3% und 11,0% der Stimmen. Ihre Sitzgewinne gingen grösstenteils zu Lasten der FDP, aber auch die CVP kam nicht ungeschoren davon. Wissenschaftliche Analysen zeigten aber, dass zu den Sympathisanten der AP nicht nur enttäuschte Bürgerliche gehören, sondern auch politisch bisher wenig interessierte Personen. In der Westschweiz gelang der AP der Sprung in die Parlamente nicht: In Genf verhinderte das hohe Quorum von 7% knapp einen Erfolg der AP. In Neuenburg und im Wallis war sie nicht angetreten. Bei den Stadtparlamentswahlen von Lausanne war die Niederlage mit nur 2,8% Wählerstimmen offensichtlich, ebenso bei den Landratswahlen in Graubünden.

Wie dies bei jungen Rechtsparteien üblich ist, war auch bei der AP die **Rolle des 'Anführers' der Partei umstritten**. Zuerst rebellierte der Finanzchef der nationalen AP und Präsident der Sektion Innerschweiz, von Reding, gegen das Finanzgebaren und die Kompetenzfülle des Zentralpräsidenten Dreher (ZH). Da sich von Reding ohne Absprache mit der nationalen Partei von seiner Sektion als Kandidat für den freigewordenen Bundesratssitz nominieren liess, fiel es Dreher relativ leicht, sich gegen ihn durchzusetzen: er wurde von der Parteileitung in seinen Funktionen suspendiert und von einer späteren Delegiertenversammlung aus der Partei ausgeschlossen. Ausgeschlossen wurde auch der Präsident der Untersektion Schwyz, der in der Folge mit einigen Getreuen unter dem Namen "Demokratische Auto-Partei des Kantons Schwyz" eine neue Partei gründete. Auch in der Solothurner AP hatten einige Mitglieder genug von dem als autoritär empfundenen Verhalten und der Finanzführung des Zentralpräsidenten. Ihre Kritik an

Dreher wurde zwar vom kantonalen Parteivorstand geteilt, ihr Plan, eine neue Partei mit dem Namen "Schweizerische Fortschrittspartei" zu gründen, fand aber keine Zustimmung.

Im Berichtsjahr wurden, nicht zuletzt im Hinblick auf die Wahlen, auch **in der Westschweiz Kantonalparteien gegründet** (Genf, Waadt und Neuenburg-Jura). Dabei traten, wie bereits früher im Thurgau, Meinungsverschiedenheiten über das Parteiprogramm auf: Die welschen Sektionen betonten, dass sie sich auf die Verkehrspolitik konzentrieren wollen und die asylpolitischen Forderungen für sie kein Thema seien. Diese unterschiedliche Optik manifestierte sich auch in Protesten aus der Westschweiz gegen die Aufnahme des Gründers der ehemaligen Republikanischen Bewegung, James Schwarzenbach, in die AP.

In der Regel waren sich die Vertreter der AP in Sachfragen aber einig: Die Ja-Parole zum Volksbegehren für Tempo 100/130 wurde ebenso einstimmig verabschiedet wie die ablehnende Stellungnahme zur GSoA-Initiative. Die Delegierten beschlossen am 4. November, ebenfalls ohne Gegenstimme, die **Lancierung einer Volksinitiative für die Abschaffung der direkten Bundessteuer** und für die Begrenzung des Höchstsatzes der Umsatzsteuer oder einer anderen indirekten Steuer auf Waren und Dienstleistungen auf maximal 14%. Dieser Höchstsatz wurde in der definitiven Fassung der am 30. Januar 1990 offiziell lancierten Initiative dann noch auf 10% reduziert.

## 1990

Das herausragende Ereignis bei der AP war die im Oktober erfolgte **Ablösung des Zentralpräsidenten** Michael Dreher (ZH) durch den anderen Nationalrat der AP, den Berner Jürg Scherrer. Die Ersatzwahl für den Gründer der AP, welcher seinen Rücktritt bereits im Mai angekündigt hatte, verlief problemlos. Hingegen kam es zu einer weiteren Abspaltung. Nachdem Drehers autoritärer Führungsstil und dessen umstrittenes Finanzgebahren schon im Vorjahr zu einer Abspaltung in der Innerschweiz geführt hatte, verselbständigte sich auch die Solothurner Sektion unter dem Namen "Schweizerische Fortschrittspartei".

In der Stadt Genf konnte die AP von der Aufsplitterung der Vigilance profitieren: fünf ihrer Stadträte (Legislative) traten in die Genfer Sektion der AP ein.

An der Delegiertenversammlung vom Oktober wurde beschlossen, die Parteileitlinien und das Parteiprogramm zu überarbeiten. Wie im Vorjahr angekündigt, lancierte die AP zu Jahresbeginn eine **Volksinitiative zur Abschaffung der direkten Bundessteuer**. Damit nahm sie ein altes Anliegen rechtsbürgerlicher und gewerblicher Kreise auf und dokumentierte, dass sie trotz ihres Namens keine sogenannte Einthemenpartei ist. Ihren Namen hat sie übrigens an ihrer Delegiertenversammlung vom 30. Juni um den Zusatz "Die Freiheitlichen" ergänzt.

Zu den **eidgenössischen Abstimmungen** hat die Partei folgende Parolen ausgegeben: Nein zu den Volksinitiativen über den Strassenbau und die AKW-Politik sowie zum Energieartikel und dem Rebbaubeschluss, Ja zur den Revisionen der Bundesrechtspflege und des Strassenverkehrsgesetzes.

Bei den **Wahlen** konnte die AP die früheren Erfolge nicht wiederholen. In der Waadt und im Jura trat sie gar nicht erst an, und im Kanton Bern erzielte sie bei einem Wähleranteil von 1,9% nur einen einzigen Sitz. Da sie auch in der Stadt Zürich leer ausging (Stimmenanteil 3,3%), blieben ihr als einziges Erfolgserlebnis die Wahlen in der Stadt Winterthur. Hier eroberte sie bei einem Wähleranteil von 6,0% drei Sitze.

## 1991

Am Parteitag vom 20. April in Glattbrugg (ZH) gab sich die Auto-Partei, welche ihre Prinzipien bisher in Leitlinien festgehalten hatte, zum ersten Mal ein umfangreiches **Parteiprogramm**. Verkehrs- und Asylpolitik bilden darin die Hauptpfeiler, wobei die grundsätzliche Forderung nach weniger Staat und mehr Freiheit alle Bereiche durchzieht. In der Drogenpolitik sprach sich die AP gegen jegliche Liberalisierung und Legalisierung des Konsums und für eine Arbeitstherapie von Drogenabhängigen in geschlossenen Heimen aus. Lediglich bei der Landwirtschaftspolitik gab es inhaltliche Meinungsverschiedenheiten, so dass der entsprechende Artikel von der Programmkommission nochmals überarbeitet werden musste. Der Bereich Europäische Integration und Aussenpolitik wurde mangels einer einheitlichen Linie gar nicht in das Programm aufgenommen.

Zu den **eidgenössischen Abstimmungen** fasste die Auto-Partei die Ja-Parole bezüglich des Wahl- und Stimmrechtsalters 18 und lehnte die Initiative zur Förderung des öffentlichen Verkehrs ab. Ebenfalls abgelehnt wurden die Bundesfinanzreform, weil die direkte Bundessteuer beibehalten wurde, und die Barras-Reform. Die AP unterstützte auch das rechtsbürgerliche Referendumskomitee gegen den Beitritt zum IWF und zur Weltbank. Die im Vorjahr von der AP lancierte Volksinitiative für eine Abschaffung der direkten Bundessteuer kam nicht zustande.

**Wahlkampfthemen** waren vor allem die Asyl- und Drogenpolitik; so sollte der Bundesrat gemäss den Vorstellungen der AP die Genfer Flüchtlingskonventionen kündigen und einen Einwanderungsstopp verhängen, der mit militärischen Mitteln durchgesetzt würde. Eher am Rande figurierte das Thema der Europapolitik; am Parteitag in Kirchberg (SG) vom 31. August lehnte Parteipräsident Scherrer sowohl den EWR-Vertrag als auch einen eventuellen EG-Beitritt ab. Das erklärte Ziel für die Nationalratswahlen war die **Fraktionsstärke**; die AP schoss mit sechs Sitzgewinnen (neu 8) sogar darüber hinaus und konnte ihren bisherigen Wähleranteil fast verdoppeln (auf 5,1%), womit sie zu den eigentlichen Wahlsiegerinnen gehörte. Gemäss den Erhebungen der VOX-Analyse hat ungefähr die Hälfte der AP-Wählerschaft aus Unzufriedenheit über die behördliche Asylpolitik für diese Partei gestimmt. Ein Kennzeichen dieser Wählerschaft war im übrigen ein geringes oder sogar vollständig abwesendes Vertrauen in den Staat. Gegenüber 1987 hat sich ein Ausgleich bezüglich Alter und Geschlecht der Wählerschaft ergeben. Auf kantonaler und kommunaler Ebene wurde das rasante Vorpellen der AP – insgesamt 47 Sitzgewinne in kantonalen Parlamenten seit 1987 – allerdings etwas gebremst; nur im Kanton Zürich konnte sie neu zwei Mandate gewinnen, im Kanton Baselland ging sie leer aus. Eine neue Kantonalpartei wurde in Appenzell-Ausserrhoden gegründet.

Die Absicht, vom Image der Einthemenpartei wegzukommen, äusserte sich auch darin, einen **neuen Namen** für die Partei zu suchen. Der Vorschlag des Zentralvorstands, eine Umbenennung

in "Freie Bürgerpartei Schweiz" vorzunehmen, wurde jedoch von der Delegiertenversammlung abgelehnt; sie behielt somit vorläufig ihren alten Namen.

## 1992

Die Delegiertenversammlung der AP in Reiden (LU) beschloss die Unterstützung der Volksinitiative des Gewerbeverbandes und des Redressement National zur Abschaffung der direkten Bundessteuer. Die AP verlangte auch weitere Deregulierungsmassnahmen in den Bereichen Umweltschutz, Raumplanung und Baurecht, um das Investitionsklima zu verbessern.

Unterstützt vom ACS, dem Nutzfahrzeugverband ASTAG sowie der Fraktion SD/Lega lancierte die AP das **Referendum gegen** die vom Parlament beschlossene **Treibstoffzollerhöhung** von 20 Rappen pro Liter.

Die von der Aargauer Sektion geforderte Wiedereinführung der Todesstrafe, die drastische Erhöhung der Strafen für schwere Verbrechen sowie der lebenslängliche Landesverweis für strafbar gewordene Ausländer blieb nicht ohne Resonanz. Im November stimmte die Delegiertenversammlung mit 36 zu 5 Stimmen dem Antrag der Aargauer Kantonalpartei zu, das Parteiprogramm mit einem Kapitel über die **Bekämpfung der Kriminalität** zu ergänzen.

Der Zentralvorstand der AP hat den **Präsidenten der Sektion beider Basel**, Sam Champion, laut Angaben von Zentralpräsident Scherrer (BE) wegen eigenmächtiger Amtsführung, widerrechtlicher Verwendung von Parteigeldern und unkooperativem Verhalten gegenüber dem Vorstand seines Amtes enthoben und **aus der Partei ausgeschlossen**. Nachdem neue Sektionen für Basel-Land und für den Stadtkanton gegründet worden waren, wurde gegen Ende des Berichtsjahres die immer noch weiterbestehende Sektion beider Basel aus der gesamtschweizerischen AP ausgeschlossen.

Inhaltliche Differenzen tauchten erneut zwischen den Sektionen der Romandie, welche lediglich eine Interessenpolitik im Verkehrsbereich anstreben, und den deutschschweizerischen Parteien mit ihren rechtsextremen Positionen in der Ausländer- und Asylpolitik auf. Die Abspaltung eines Teils der **solothurnischen Sektion der AP**, welcher sich 1990 unter der Bezeichnung "Fortschrittspartei" verselbständigt hatte, wurde wieder rückgängig gemacht.

Zu sämtlichen eidgenössischen Abstimmungsvorlagen ausser jener über die Revision des Stempelsteuergesetzes empfahl die AP die Nein-Parole. Diejenige zum **EWR-Beitritt** wurde einstimmig gefasst.

Bei kantonalen **Wahlen** konnte die AP neu mit drei Sitzen ins Parlament von Basel-Stadt einziehen. Im Kanton St. Gallen konnte sie ihren Wähleranteil verdreifachen und ihre Mandatszahl von sieben auf neunzehn erhöhen. Im Kanton Thurgau stagnierte sie hingegen, und in Schaffhausen verlor sie sogar ein Mandat. Zum ersten Mal eroberte sie auch ein Mandat in einer **Exekutive**: Zentralpräsident und Nationalrat Scherrer (BE) wurde in den Bieler Gemeinderat gewählt.

## 1993

**Fraktionschef** Dreher (ZH) gab sein Amt an Steinemann (SG) weiter. Der geplante Rücktritt Scherrers (BE) als Präsident wurde wieder rückgängig gemacht, nachdem dieser administrative Aufgaben an die neu geschaffene Stelle eines geschäftsführenden Vizepräsidiums unter Nationalrat Borer (SO) abgeben konnte. In der Öffentlichkeit wurde der Wechsel in der Fraktionsspitze als Versuch der AP interpretiert, vom Bild einer Poltererpartei wegzukommen und dadurch zumindest bei den grossen bürgerlichen Parteien einen Image-Gewinn zu verbuchen.

Ohne Gegenstimmen lehnte die AP die Treibstoffzollerhöhung, die Initiative zur Abschaffung der Tierversuche und die beiden Armeeinitiativen ab. Ablehnung wurde auch zum Bundesbeschluss gegen den Waffenmissbrauch, gegen den Kantonswechsel des Laufentals, gegen alle vier Teile der Mehrwertsteuer sowie die Werbeverbotsinitiativen beschlossen. Die AP unterstützte das von der Lega lancierte Referendum gegen die Blauhelmvorlage; Nationalrat Steinemann (SG) wurde Co-Präsident des Referendumskomitees.

Bei **kantonalen Wahlen** konnte die AP im Aargau sieben zusätzliche Sitze erobern und erreichte insgesamt 19 Mandate und 9,4% Wähleranteil. Im Kanton Solothurn hingegen stagnierte sie. Eine neue Sektion wurde im Kanton Zug, in welchem 1994 Wahlen stattfinden, gegründet.

## 1994

Die **Auto-Partei benannte sich** im Berichtsjahr **in die Freiheits-Partei der Schweiz (FPS) um**. Damit wollte sie endgültig von ihrem Einthemen-Image wegzukommen und zusätzliche Wählerschichten ansprechen. Als Untertitel führt sie die Bezeichnung "Die Auto-Partei" jedoch weiter, auch dürfen die Kantonalsektionen weiterhin unter dem alten Namen auftreten. Im Herbst löste der Solothurner Nationalrat **Roland Borer** Jürg Scherrer (BE) als Parteipräsident ab.

Einige Mitglieder der Freiheits-Partei wollten im Zusammenhang mit den Problemen in der Zürcher Drogenszene die Einführung der **Todesstrafe für Drogendealer** zur Diskussion stellen. Sie verwiesen dabei auf das Beispiel von Malaysia und Singapur. Der Vorschlag ging aber selbst innerhalb der Partei vielen zu weit.

Bei den **eidgenössischen Abstimmungen** stimmte die FPS achtmal gegen Bundesrat und Parlament und bejahte insgesamt nur gerade drei der eidgenössischen Vorlagen. Vehement wehrte sie sich namentlich auch gegen das Anti-Rassismus-Gesetz.

Bei den **kantonalen Wahlen** konnte die FPS in Bern fünf Parlamentssitze zulegen und gewann damit im Berichtsjahr, gemeinsam mit der FDP, am meisten Parlamentssitze hinzu. In Obwalden, wo sie ebenfalls zu den Wahlen antrat, ging sie jedoch leer aus.

## 1995

Die autofreundliche Freiheits-Partei feierte im Berichtsjahr ihr **10jähriges Bestehen**. An ihrem Jubiläumsparteitag sprach sie sich für die Abkehr vom Konkordanzprinzip und der Zauberformel

aus und warf dem Bundesrat und den bürgerlichen Bundesratsparteien politische Misswirtschaft vor.

In einer Resolution "**Neat: Das Ganze halt!**" forderten die Freiheitlichen eine neue Volksabstimmung über die Neat, da die Zustimmung der Stimmbürger auf heute nicht mehr richtigen Grundlagen bezüglich Kosten und benötigten Schienenkapazitäten basiert habe.

In den eidgenössischen Wahlkampf zog die Partei vorab mit einer **aggressiven Politik gegen Ausländer und Asylsuchende** unter dem umstrittenen, da historisch gewichtig besetzten Motto "Das Boot säuft ab". Hauptforderungen waren der vollständige Einwanderungs- und Aufnahmestopp für Asylbewerber, die Kündigung des Genfer Flüchtlingsabkommens sowie eine Reduktion des Ausländerbestandes auf EU-Niveau. Heftigen Widerstand meldete die FPS gegen den EU-Beitritt oder Zugeständnisse im freien Personenverkehr an. Eine harte Linie fuhr die Partei auch in Drogenfragen, wo sie der Liberalisierung den Kampf ansagte. Nach wie vor eliminieren will sie zudem die direkte Bundessteuer.

Entgegen günstigen Prognosen verpasste die Freiheits-Partei bei den eidgenössischen Wahlen nicht nur ihr Ziel, stärkste Nichtregierungspartei zu werden, sondern sie verlor sogar Wählerprozent und einen Nationalratssitz. Danach kam es zu parteiinternen **Spannungen um den Stil** der Partei, gegen den insbesondere Nationalrat Giezendanner (AG) protestierte.

## 1996

Nach dem letztjährigen schwachen Ergebnis bei den eidgenössischen Wahlen musste die Freiheits-Partei im Berichtsjahr auch auf kantonaler Ebene massive Sitzverluste hinnehmen. In St. Gallen büsste sie im Februar mit 9 fast die Hälfte ihrer bisherigen Mandate ein, wobei die verlorenen Sitze allesamt an die erstmals antretende SVP gingen. Parteipräsident Roland Borer kündigte deshalb an einer Delegiertenversammlung im Februar eine **stärkere Abgrenzung zur SVP** und eine Konzentration auf die traditionellen Parteithemen an. Es gelte klarzumachen, dass nicht die SVP, sondern die Freiheits-Partei die "einzige bürgerliche Oppositionspartei" im Lande sei. Weiter kündigte er Änderungen im politischen Stil an; man könne Opposition nicht mehr nur um der Opposition willen betreiben. Trotz dieser Umorientierung fuhr die FPS in Schaffhausen, Thurgau und Basel-Stadt weitere Sitzverluste ein.

Neben Wahlverlusten kam es bei der Freiheits-Partei zu medienträchtigen **Parteiaustritten**. Im Kanton Aargau liefen im April vier Grossräte der einstmals 19köpfigen FP-Fraktion im Grossen Rat zur FDP über, nachdem zuvor bereits ein FP-Grossrat zu den Schweizer Demokraten gewechselt hatte. Ende Mai wechselte der Aargauer Nationalrat Ulrich Giezendanner, der sich wiederholt vom rechtspopulistischen Stil der FPS distanziert und sich im eigenen Lager mit der Idee einer Fusion mit FDP oder SVP Feinde geschaffen hatte, nach längeren Verhandlungen mit der FDP überraschend zur SVP.

Heftige Reaktionen löste ein **Inserat** der Freiheitlichen für die SVP-Asylinitiative "Gegen die illegale Einwanderung" aus, das in Karikaturform einen Schweizer zeigt, der einen Menschen mit

einem Tritt zum "Schweizer Haus" hinausbefördert. FDP, CVP, SP und kleinere Parteien verurteilten das Inserat als menschenverachtend.

Die Delegierten der FPS hiessen ein **restriktives Drogenkonzept** gut. Gemäss diesem sollen Abhängige von der Fürsorge nur noch unterstützt werden, wenn sie sich für eine abstinenzorientierte Therapie entschliessen. Entzugsunwillige seien zum Entzug zu zwingen. Abgelehnt wurden alle Massnahmen der Überlebenshilfe, die nicht unmittelbar dem Ziel der Abstinenz dienen, also etwa die Heroin- oder Methadonabgabe und Notschlafstellen. Weiter will die Partei schärfer gegen drogenkonsumierende Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vorgehen; Urinkontrollen sollen im Verkehr, aber auch am Arbeitsplatz üblich werden.

Die FPS forderte die Aufhebung des **Neat**-Beschlusses, da diese unnötig und nicht finanzierbar sei. Stattdessen drängte sie auf einen sofortigen Bau eines zweiten Strassentunnels am Gotthard.

## 1997

Spätestens nach massiven Sitzverlusten bei den Wahlen im Kanton Aargau im März besann sich die Freiheits-Partei auf ihr Kerngeschäft, auf das Lobbying für automobile Bürger, zurück. Unter dem Motto "**Kampf dem Stau**" beschloss sie an einem Parteitag im Mai, gleich vier verkehrspolitische Volksinitiativen zu lancieren. Mit der ersten Initiative soll die Umsetzung der vom Volk beschlossenen Alpeninitiative verhindert werden. Zwei weitere fordern eine zweite Strassentunnelröhre durch den Gotthard sowie den Ausbau der A1 zwischen Bern und Zürich auf sechs Spuren. Mit einer vierten Initiative soll das Beschwerderecht der Verbände in Sachen Umwelt- und Naturschutz sowie Raumplanung abgeschafft und der Gang vor Bundesgericht nur noch einzelnen Beschwerdeführern ermöglicht werden. Die in den letzten Jahren erfolgte Konzentration auf die Themen Asyl und Ausländer bezeichneten der Gründer der Partei, Nationalrat Michael Dreher (ZH), und Parteipräsident Roland Borer (SO) als Fehler. Mit der **Themenrückkehr auf die drei "A"** – Ausgaben, Abgaben und Auto – will sich die Freiheits-Partei auch klarer gegen die Schweizer Demokraten und den Zürcher Flügel der SVP abgrenzen.

Parteipräsident **Roland Borer** kündigte Ende Jahr seinen Rücktritt auf Mai 1998 an.

Um die Gesundheitskosten zu senken, sprach sich der Parteiausschuss für eine **Radikalkur im Gesundheitswesen** aus. So sollen öffentliche Spitäler und stationäre Pflegeeinrichtungen privatisiert und die Universitätsspitäler sowie die dazugehörigen medizinischen Hochschulfakultäten auf zwei Standorte konzentriert werden. Den Gesetzgeber will sie verpflichten, die kassenpflichtigen Leistungen abzubauen und einen Leistungskatalog für medizinische Behandlungen in Spitälern auszuarbeiten. Die Ärztedichte soll mittels eines Numerus clausus beim Medizinstudium reduziert werden. Weiter verlangte die FPS für Personen mit besonderem Status (Asylsuchende und Flüchtlinge) eine eigene, selbsttragende Bundeskranken- und Unfallversicherung.

Bei den **kantonalen Wahlen** büsste die FPS neben 15 Sitzen in ihrer einstigen Hochburg Aargau drei Sitze in Solothurn ein und verlor in beiden Kantonen den Fraktionsstatus. Damit fuhr sie wie bereits im Vorjahr die grössten Sitzverluste aller Parteien ein.



## 1998

Das von der Freipartei und Transportunternehmern angeführte und mit bürgerlichen Politikern bestückte Initiativkomitee "Kampf dem Stau" **lancierte** die Unterschriftensammlung für vier Volksbegehren. Die erste der **vier Initiativen "Kampf dem Stau – Strassenbau statt Strassenstau"** verlangt sechs Spuren auf der A1 zwischen Zürich und Bern, die zweite dasselbe für die A1 zwischen Genf und Lausanne. Die dritte Volksinitiative will den Alpenschutzartikel ändern, damit die Gotthardroute A2 dank einer zweiten Tunnelröhre durchgehend auf vier Spuren ausgebaut werden kann. Die letzte fordert die Streichung des Verbandsbeschwerderechts, um weiteren Verzögerungen öffentlicher und privater Investitionsvorhaben einen Riegel zu schieben.

Als Nachfolger des nach vierjähriger Amtstätigkeit zurückgetretenen Roland Borer (SO) wählte die FPS zum zweiten Mal Nationalrat und Bieler Polizeidirektor **Jürg Scherrer an ihre Spitze**. Scherrer hatte sich interimsmässig bereit erklärt, das Amt des Präsidenten zu übernehmen, wollte aber zugleich einen vollamtlichen Parteisekretär an seiner Seite, um im politischen Alltag entlastet zu werden. Scherrer verstand es, sich und die Partei mit extremen Forderungen in die Schlagzeilen zu bringen. Nebst der Rückkehr zum Kerngeschäft, dem Auto, kündigte er den Aufbau von Leitplanken gegen den "Ausverkauf der Schweiz ans Ausland" und "gegen Zerfallerscheinungen" an. Als Sündenfälle nannte er die Holocaust-Debatte, die Solidaritätsstiftung, der ungebremsete Zustrom von Asylanten, die Mutlosigkeit und Unfähigkeit der Regierenden, die anhaltende Verschleuderung von Steuergeldern sowie den seit der Waldsterbedebatte praktizierten "Umweltschwindel".

Nach sieben Jahren als **FPS-Fraktionspräsident** trat Walter Steinemann (SG) aus gesundheitlichen Gründen und wegen der starken beruflichen Belastung von seinem Amt zurück. Seine Nachfolge trat **René Moser** (AG) an.

Ein halbes Jahr nach seiner Amtsniederlegung als Parteipräsident gab **FPS-Nationalrat Roland Borer** aus wahltaktischen Gründen seinen **Übertritt zur SVP** bekannt. Er war der Meinung, dass es im Kanton Solothurn nur für eine bürgerliche Oppositionspartei Platz habe. Borer war nicht der erste prominente Abtrünnige, der der FPS den Rücken kehrte; 1996 war Ulrich Giezendanner (AG) der SVP beigetreten. Verärgert rief FPS-Präsident Scherrer alle Mandatsträger und Kantonalpräsidenten ultimativ auf, allfällige Parteiwechselabsichten bis Ende November offenzulegen und forderte von allen verbleibenden Mitgliedern vollen und bedingungslosen Einsatz im Wahlkampf 1999.

Bei den **kantonalen Wahlen** in Bern verlor die FPS zwei weitere Sitze und büsste mit nunmehr vier Mandaten den Fraktionsstatus ein.

## 1999

Die **Absetzbewegung prominenter Parteimitglieder** setzte sich im Berichtsjahr fort. Im Februar gab Nationalrat Gusset (TG) bekannt, er werde im Herbst auf einer eigenen KMU-orientierten Liste kandidieren. Im Juli erklärte Gusset schliesslich seinen Austritt aus der Partei. Die Sektion St. Gallen galt vor den Wahlen im Herbst ebenfalls als Sorgenkind. Nachdem Nationalrat Steinemann (SG) seinen Rücktritt bekannt gegeben hatte, und mehrere Kantonsratsabgeordnete

zur SVP übergetreten waren, fehlte es der Sektion an Führungspersönlichkeiten.

Nachdem im April in den Zürcher Kantonsratswahlen die FP alle drei bisherigen Sitze verloren hatte, drehte Parteipräsident Scherrer (BE) bei der Delegiertenversammlung im Mai den Spiess um und versuchte die Niederlage der FP und den gleichzeitigen Sieg der SVP als Erfolg umzudeuten. Die SVP habe auf weiten Strecken die Politik der FP übernommen, das Wahlergebnisse sei somit auch eine Auszeichnung für das FP-Gedankengut. Im Juli wurde bekannt, dass sich der **FP-Generalsekretär Patrick Eruimy (SO) seit Mai nicht mehr im Amt** befand. Dabei war die Funktion des Generalsekretärs erst im Vorjahr neu geschaffen worden. Eruimy erklärte in einem Interview, dass es der Partei schlicht an Geld fehle, um das Amt weiterzuführen.

Am Wahlfest in Emmen (LU) vom September geisselte die Partei den politischen Filz in anderen Parteien. Den bürgerlichen Regierungsparteien warfen Scherrer und Dreher (ZH) eine fahrlässige Kompromissbereitschaft vor; die Linke dürfe nicht freiwillig an der Regierung beteiligt werden.

Bei den Nationalratswahlen **verlor** die ehemalige Autopartei **alle** ihre bisherigen **sieben Sitze**. Ihr Stimmenanteil ging von 4,0 auf 0,9% zurück. Ihre ehemaligen Abgeordneten Giezendanner (AG) und Borer (SG) schafften die Wiederwahl auf SVP-Listen und verhalfen damit der SVP zu Sitzgewinnen. Im November wurde im Anschluss an die Präsidentenkonferenz in Aarau bekannt gegeben, dass **die FP weiterhin bestehen** bleibe. Sowohl die Kantonalpräsidenten als auch die Kantonsparlamentarier hätten den Entschluss unterstützt. Die Konferenz beauftragte das Präsidium, die **künftige Ausrichtung der Partei neu zu definieren**. Parteipräsident Scherrer wurde im Amt bestätigt. Im Dezember beschloss die St. Galler-Kantonalpartei, welche die Bezeichnung Autopartei beibehalten hatte, sich aufzulösen. Die Hälfte ihrer zehn Kantonsräte war bereits vor den Nationalratswahlen zur SVP übergetreten.

## 2000

Nach einem vernichtenden Wahljahr 1999 und einem schlechten Jahresdebüt in St. Gallen, bei dem sämtliche Kantonsratssitze verloren gingen, wollte sich die Freiheits-Partei für die Zukunft klarer positionieren. An der Delegiertenversammlung in Aarau wurden die **neuen alten Kernbereiche** festgelegt: **Verkehrs-, Asyl- und Finanzpolitik**. Wer sich mit der politischen Ausrichtung der Partei nicht identifizieren könne, solle sich nach Meinung der Parteileitung anderweitig orientieren. Ende Jahr blieb der FP in der Ostschweiz schliesslich noch ein einziger Thurgauer Parlamentssitz. In Schaffhausen und Basel-Stadt wurde sie gänzlich aus der Legislative verdrängt. In der Stadt Biel wurde dagegen Polizeidirektor Jürg Scherrer bestätigt.

Erzürnt über die **Nein-Parole** seiner Partei **zu den bilateralen Verträgen mit der EU** trat der langjährige Nationalrat (ZH) und Gründer der FP, **Michael Dreher**, im April mit sofortiger Wirkung aus dem Parteipräsidium zurück. Mit diesem Entscheid habe sich die Partei in die Gesellschaft von Sekten, Splittergruppen und Schweizer Demokraten begeben. Im November gründete Dreher gemeinsam mit sieben Mitstreitern, darunter auch der Aargauer FDP-Nationalrat Luzi Stamm, eine Stiftung „Auto Union zum Schutz der Automobilisten und der freien Mobilität“.

## 2001

Die Kantonalsektion Thurgau der Freiheitspartei wurde aufgelöst; damit ist die FP **nur noch in den Kantonen Bern und Aargau vertreten**. In den Parlamentswahlen im Aargau verlor sie drei Sitze und verfügt nur noch über einen einzigen Abgeordneten; in Solothurn waren die vier Parlamentsmitglieder im Verlauf der vergangenen Legislaturperiode zur SVP übergetreten. Die Parolen der FP für die eidgenössischen Vorlagen stimmten mit denjenigen der SVP überein.

## 2002

Der Präsident der Freiheitspartei Schweiz, der Bieler Polizeidirektor **Jürg Scherrer**, wurde von einem Einzelrichter **vom Vorwurf der Rassendiskriminierung freigesprochen**.

Im **Kanton Bern** ist die FP **aus dem Parlament ausgeschieden**, nachdem zwei ihrer vier Abgeordneten bereits während der letzten Legislatur zur SVP übergetreten waren. Die FP ist nur noch in den Kantonen Aargau und Thurgau mit je einem Sitz im Parlament vertreten.

## 2003

Das Obergericht des Kantons Bern bestätigte ein Urteil gegen den Präsidenten der Freiheitspartei, Jürg Scherrer (BE), wegen **Rassendiskriminierung**.

Die Freiheitspartei kandidierte zwar in den Kantonen Zürich, Bern, Basel-Land, Aargau und Thurgau für den Nationalrat, errang jedoch keinen Sitz.

## 2004

Während die FP in den Parlamentswahlen im Thurgau ihr letztes Mandat abgeben musste, gelang es ihr in der Stadt **Biel**, mit einem **zweiten Vertreter in** die achtköpfige **Exekutive** einzuziehen. Gemäss Einschätzungen von Politologen schöpfe die FP in Biel jenes Potential ab, das andernorts an die SVP gehe. Dank seiner Persönlichkeit und seines Stils, der an gewisse SVP-Exponenten erinnere, habe Parteipräsident Jürg Scherrer seine Hausmacht halten können.

## 2005

Die FP schied aus dem von 200 auf 140 Sitze verkleinerten aargauischen Grossen Rat aus und ist **in keinem einzigen kantonalen Parlament mehr vertreten**.